

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: Durch unsere neuen Verträge monatlich 12.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreis: Die Anzeigenblätter für den Anzeiger für das Erzgebirge sind zu 2.00 Mark, auswärts 2.50 Mark, Kellern-Posten zu 7.00 Mark. Bei größeren Abnahmen aufsprachen Rabatt. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1090

Nr. 74

Dienstag, den 28. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Außer den Ministerpräsidenten und den Ministern des Innern sind auch die Finanzminister der Länder zu einer Konferenz über die finanzielle Seite der Reparationsnote nach Berlin gebeten worden.

Die neuerdings an Polen ausgelieferten Drischafte an der Weichsel sollen bereits seit Monaten von den Polen besetzt worden sein.

Wie der Dolmetscher hört, hat Ministerpräsident von der Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan bei Regensburg in Oberbayern den ihm vom Reichskanzler angebotenen Posten als Reichsernährungsminister angenommen.

Der russische Senatus ist bereit, die Maßnahmen für sein vorläufiges Aussehen aus der Sowjetregierung, getroffen werden müssen.

Demokratie und Staatsgedanke.

Von Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D.

Die Gegner der jungen deutschen Demokratie, die Vorhauer des durch den Verlust des Weltkrieges zusammengebrochenen alten Systems, haben die erkanntliche Fähigkeit, sich als die wahren Träger des Staatsgedankens und der nationalen Bestimmung aufzufassen und den Anhängern der Demokratie offen oder versteckt solche Bestimmung abzusprechen. Es ist das alte staatsverderbliche Spiel, das unter den alten Mächtern durch die Entgegensetzung nationaler und unnationaler Parteien unser öffentliches Leben vergiftet und schließlich breite Volksmassen gegen ihre natürliche Empfindung und Bestimmung künstlich in eine Entfremdung vom Staate hineingeht. Unter dem ersten Eindruck des hereinbrechenden Weltkrieges verstumte dies Treiben eine Weile, um sich sofort wieder hervorzuheben, als diese kurzfristigen Vorkämpfer den Sieg gesichert glaubten und sich in unflüchtigen Eroberungsplänen berauschten. Und dies unerquickliche Schauspiel hat sich nach dem Zusammenbruch wiederholt. Im ersten Schrecken und in der Furcht vor der roten Flut waren die nationalstolischen Erbpächter der Staatsbestimmung still geworden; damals ließen sie es sich nur allzu gern gefallen, daß in Deutschlands höchster Not die Demokratie mit werktätiger Arbeit und der Kraft ihres Staatsgedankens in die Weiche trat. Seitdem aber so die Grundfragen einer neuen Staatsordnung gelegt waren und die unmittelbare Gefahr einer roten Entfremdung gebannt schien, singt man das alte Lied mit verstärkter Lungenkraft. Man rechnet auf die edlen Empfindungen der Volkseele, die sich gerade in der nationalen Not und der Bedrängnis des Staates um so leidenschaftlicher an den nationalen Staatsgedanken angeschlossen. Aber diese Empfindungen werden mißbraucht und irreführt, indem man sie in einen Gegensatz zur Demokratie hineinschiebt. Denn die Erfahrungen der Geschichte wie die Ergebnisse der Gegenwart beweisen, daß der nationale Staatsgedanke gerade aus dem Boden der Demokratie erwachsen ist, und daß heute der deutsche Staat nur durch den demokratischen nationalen Staatsgedanken erhalten und wieder aufgebaut werden kann.

Ein so überaus gemäßigter Mann wie der berühmte Nationalökonom Wilhelm Roscher schrieb schon vor 30 Jahren in seiner Politik: Mit der Demokratie, wo sich auch die unersetzten Bürger als Teile der souveränen Gewalt fühlen, ist natürlich auch das größte Interesse aller am Staate gegeben; d. h. also bei einem tüchtigen Volke die politische Einsicht und Aufopferungsbereitschaft am weitesten verbreitet. In gewöhnlichen Zeiten bemerkt man hiervon wenig. . . . Aber in außerordentlichen Abarten: wie viele Monarchien oder gar Aristokratien würden solange so ungeheure Opfer tragen, wie Völkern im verfluchten Kriege, vom gegen Hannibal gebracht hat? Hiermit hängt der große Nationalstolz der Demokratien zusammen, der Ausländern oft lästig fällt. Die Bürger sehen ihren Staat gern als ihr Werk oder ihr Eigentum an. — Wer für Deutschland Demokratie und Staatsgedanken zueinander in Gegensatz stellt, der spricht dem deutschen Volke die nationale Tüchtigkeit ab, erklärt es für ein Helotenvolk.

Aus der Revolution gegen das Mutterland ist der Gedanke der Demokratie und des nationalen Staates in untrennbarer Verbindung in Amerika hervorgegangen und zu gewaltigster Machtenfaltung gediehen. Dem europäischen Kontinent hat die große französische Revolution den Gedanken des nationalen Staates zum Bewußtsein gebracht und die ungeheure Triebkraft, die der demokratischen Einheit von Volk und Staat innewohnt.

In demselben Maße, wie sich die alte Parlamentsverfassung Englands demokratisierte, wuchs hier die Expansivkraft des nationalen Staatsgedankens. Auf der Grundlage und mit den Triebkräften der Demokratie überwand Italien die Ohnmacht seiner Zerstückelung und schuf seinen nationalen Staat. Deutschlands nationalstaatliche Entwicklung ist zu keinem namenlosen Unglück hinter der der anderen Völker zurückgeblieben, weil in Deutschland die Demokratie und damit die stärkste Triebkraft des nationalen Staatsgedankens ohnmächtig geblieben war. Ihr stand die Herrschaft in Klein- und Vielstaaten und die Uebermacht der fürstlichen Dynastien entgegen, die diese Vielstaaten als ihr legitimes Recht behaupteten. Wohl regten sich bei der Erhebung gegen die französische Fremdherrschaft die nationalen und die demokratischen Strömungen im engen Verein. Aber nach errungenem Siege konnten die landesfürstlichen Regierungen zum Teil mit fremder, besonders russischer Hilfe die nationalen und demokratischen Bestrebungen gewaltfam unterdrücken, den nationalen Staatsgedanken im Stumpf der Demagogenversorgungen ersticken. Wiederum regte sich nationaler und demokratischer Staatsgedanke gemeinsam in der Bewegung von 1848 und wieder erlag er dem gleichen Schicksal. Es gelang den herrschenden Mächten, eine Anschauung zu verbreiten, die an die Stelle nationaler Staatsbestimmung die Bestimmung der Untertänigkeit gegenüber den Fürstentümern setzte, wogegen gerade der Partikularismus gestärkt und der nationale Staatsgedanke zerrüttet wurde. Diese Brechung des nationalen Staatsgedankens ging hinüber in das neue Reich, das durch Bismarcks Staatskunst und die Siege der preussischen Waffen geschaffen war. Man verzichtete lieber unter Erhaltung der landesfürstlichen Dynastien auf eine wirkliche Vollendung des nationalen Staates, um das von diesem Staatsgedanken unzerstörliche Prinzip nationaler Demokratie niederzuhalten zu können.

Doch mit dem Zusammenbruch jenes Systems nicht auch die nationale Einheit des Reiches auseinander gebrochen ist, das ist einzig und allein Werk und Wirkung des demokratischen Staatsgedankens gewesen. Die Uebermacht des stregelichen Feindes wollte und wünschte die Zertrümmerung des Reiches. Wenn nach den siegreichen Freiheitskriegen der nationale deutsche Staat an der Uebermacht der landesfürstlichen Regierungen über die Demokratie scheiterte, so hätte nach dieser fürchterlichen Niederlage die Welt der einzelstaatlichen Dynastien wahrlich nicht die nationale Einheit vor den Auflösungsplänen des Siegers zu bewahren vermocht. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich ähnliche Vorgänge wiederholt hätten wie beim Untergang des alten deutschen Reiches am Anfang des vorigen Jahrhunderts. Der Waisengewalt der Sieger konnte nur die geistige Kraft des Gedankens der nationalen Einheit, der Einheit von Volk und Staat entgegengestellt werden. Das ist der Staatsgedanke der nationalen Demokratie, auf dem die Verfassung der deutschen Republik ruht. Wer die Demokratie stärkt, der stärkt den deutschen Staat; wer sie schwächt, gefährdet die nationale Einheit des Reiches.

Hinter den Kulissen des Vertrags von Versailles.

Als Auskunft zur Konferenz von Genua und sicher nicht minder zur Einleitung der bevorstehenden Neuwahlen in England hat Lloyd George das Memorandum veröffentlicht, das ihn als einen vernünftig und gerecht denkenden Staatsmann beim Abschluß des Versailler Friedens darstellte. Allein Clemenceau ist ihm die Antwort nicht lange schuldig geblieben. Und so erfahren wir über die Vorkämpfer des Versailler Vertrages allerlei recht interessante Dinge. Man muß zugeben, daß Clemenceau sehr geschickt gegen die schwächste Stelle des britischen Memorandums vorgeht, indem er Lloyd George mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit zu verstehen gibt, daß England es sehr leicht hatte, gegen die territoriale Verteilung Deutschlands sich zu wenden, nachdem es Deutschland seine Kolonien, seine Kriegs- und Handelsflotte und alle nur irgendwie erfahrbaren Auslandswerte geraubt hatte. Lloyd George ist in jenem Ratwe unterlegen, und diese Niederlage hat sich seitdem an England bitter gerächt und wird sich weiter rächen. Englands ältester weltpolitischer Grundsatz, daß derjenige Staat auf dem Kontinent der mächtigste sei, dem es seine Unterlegenheit nicht, ist dadurch vernichtet worden. Frankreich ist durch den Frieden von Versailles allein so mächtig geworden, daß es nicht nur der englischen Hilfe nicht mehr bedarf, sondern in zahlreichen Fragen eine Gefahr für England darstellt.

Revision des türkischen Friedens.

Die Konferenz der Außenminister über die Orientfrage in Paris hat mit Beschlüssen geendet, die weit über diese selbst hinaus von grundlegender Tragweite sind für die gesamte Entente- und damit für die gesamte Weltpolitik. Zum ersten Mal seit Beendigung des Weltkrieges haben die Siegerstaaten sich zu dem Anerkenntnis bequemen müssen, daß ihre Arbeit sehr schwer war, und ihr Friedensdiktat von so souveräner Willkür, daß seine Bestimmungen schließlich unausführbar werden. Aus diesem Eingeständnis sind deshalb nun auch die nötigen Folgerungen gezogen worden, indem man die unbilligen Bestimmungen des Friedens von Sevres rückgängig gemacht hat. Was jener Frieden aus der Türkei gemacht hatte, war ein Gebilde das nicht leben und nicht sterben konnte. Bekanntlich hat sich denn auch die Türkei alsbald mit allen Mitteln dagegen aufgelegt, und der Krieg der Kemalisten mit den Griechen war eigentlich nur eine Fortsetzung jenes Teiles des Weltkrieges. Wenn jetzt auch England darzulegen gewillt hat, seine Sympathien für Griechenland zurückzustellen, und den Vertrag von Sevres als einen festen Bauplatz zu behandeln, der des Zerreißens lohnig ist, so ist das durchaus verständlich angesichts der Tatsache, daß Großbritannien im Orient, vor allem in Indien, Turke islamitische Interessen vertritt, deren Vernachlässigung es früher oder später vielleicht mit schweren Opfern hätte büßen müssen. So bleibt also Konstantinopel die Hauptstadt des türkischen Reiches, und die türkische Souveränität wird in ziemlich bedeutungsvollem Umfang wieder hergestellt. Auch für Deutschland ist diese Aufhebung des Vertrages von Sevres von großer Bedeutung. Nachdem die Entente sich einmal gezwungen gesehen hat, das Unrecht eines Friedensdiktats wieder rückgängig zu machen, dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß das französische Schlagwort von der Unverletzlichkeit und Unabänderlichkeit der Friedensverträge auch einmal gegenüber dem Frieden von Versailles rettungslos schiffbruch leiden wird.

Schädiger der Landwirtschaft?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Konferenz der Ernährungsminister der deutschen Länder hat bekanntlich einstimmig den Beschluß gefaßt, der Reichsregierung zu empfehlen, das Umlageverfahren für Brotgetreide auch im neuen Wirtschaftsjahr aufrecht zu erhalten und die Menge des abzuliefernden Quantum um 2 1/2 Millionen auf 8 Millionen Tonnen zu erhöhen. Die gleiche Konferenz wünscht außerdem die Ausdehnung des Umlageverfahrens auf die Kartoffeln. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Ernährungsschwierigkeiten durch die stark anziehende Teuerung wachsen. Von den verschiedensten Seiten werden die beiden kommenden Monate April und Mai als die schlimmsten bezeichnet. Diese Entwicklung ist zu verzweifeln, obwohl wir die Getreideumlage haben. Auch während der Zeit der Zwangswirtschaft hat sich gezeigt, daß die Versorgung der breiten Massen der Bevölkerung keineswegs durch die ungeschätzten Gesetzesvorschriften und Strafverordnungen gewährleistet war. Unsere Notlage jetzt ist in erster Linie durch die unflüchtige Forderung der Entente hervorgerufen worden, die Lebensmittelzuschüsse für Brotgetreide in einem Augenblick abzubauen, wo die Vorräte der alten Ernte im Schwinden begriffen sind. In gewissem Sinne kann man jetzt von Uebergangsschwierigkeiten reden, aber es ist durchaus möglich, daß sich diese Schwierigkeiten als dauernd herausstellen, daß der Weltmarktpreis für Getreide trotz der stark gestiegenen Weltproduktion nicht sinkt und daß die Teuerung in den ersten Sommermonaten überaus gefährliche Formen annimmt. Für diesen Fall wäre es geradezu verhängnisvoll, wenn schon heute die Regierung und die Parteien sich einseitig festlegen wollten. Die Sozialdemokratie hat leider die Frage der ganzen Ernährungswirtschaft zumeist unter dem rein kapitalistischen Gesichtswinkel betrachtet. Sie hat die Forderung nach neuer Zwangswirtschaft erhoben, als auch ihre Minister gemäß den Ententeforderungen die Zuschüsse für die Einfuhrmengen des Brotgetreides abzubauen beschloßen. Ihre Forderungen bewegen sich zumeist auch in einem Sinne, der ausschließlich den Konsumentenstandpunkt zur Richtschnur nimmt. Es ist selbstverständlich, daß die ganze Frage nur unter dem Gesichtswinkel des Gesamtvolkes beurteilt werden darf.

Auf der anderen Seite aber kann man nicht klar genug dagegen Protest erheben, wenn der Reichslandbau und jetzt im Anschluß an die Beschlüsse der Ernährungsministerkonferenz in einem Jargon zum Sturm bläst, der auf's Haar den Löhnen gleicht, die in der No-